

Anfrage 2

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	25.01.2021	öffentlich

Anfrage der AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen; Corona-Maßnahmen 20/21

Vorlage Nr.: 20212817

Stellungnahme der Verwaltung

1. Ja
2. Regelmäßig
3. Abhängig von der jeweiligen Situation zum Zeitpunkt der Entscheidung
4. Kann von uns nicht beantwortet werden
5. Kann von uns nicht beantwortet werden
6. Kann von uns nicht beantwortet werden
7. Kann von uns nicht beantwortet werden
8. Kann von uns nicht beantwortet werden
9. Zum Thema (Regel)-Insolvenz liegen der Stadt Ludwigshafen keine Daten vor, da die städtische Beratungsstelle solche Insolvenzen nicht bearbeiten darf.
10. Die Anzahl der "Privatinsolvenzen" wird beim AG Ludwigshafen erfasst, da diverse Organisationen bzw. Kanzleien das Thema bearbeiten. Da sich jedoch zum 01.01.2021 das Verfahren in Richtung Verkürzung der Restschuldbefreiung auf drei Jahre zu Gunsten der Schuldner*innen verändert hat, wird wohl in den letzten drei Monaten keine Beratungsstelle oder Kanzlei einen Antrag gestellt haben. Unsere Beratungsstelle hat - zu Gunsten der Kund*innen - seit Oktober 2020 keinen Antrag gestellt und wird diese Anträge erst im Laufe des ersten Quartals 2021 einreichen.
11. Kann von der Stadtverwaltung nicht beantwortet werden. Das Einleiten von Gewaltschutzverfahren liegt in der Zuständigkeit der Polizei.
12. Oktober 7, November 1, Dezember 0, Januar (bis 20.01.) 1
13. Kann von der Stadtverwaltung nicht beantwortet werden.
14. Die 13 Plätze im Frauenhaus Ludwigshafen waren von Oktober bis Januar belegt. (Die Quarantäne-Räume wurden in dem Zeitraum nicht benötigt).
15. Die Stadt Ludwigshafen am Rhein betreibt keine Erstaufnahmeeinrichtung.
16. In den beiden Einweisungsgebieten lebten im:
Oktober 2020: 512 Menschen
November 2020: 508 Menschen
Dezember 2020: 481 Menschen
17. Die Bundesagentur für Arbeit stellt Daten zu Leistungsbeziehern im SGB II bekanntermaßen nach Ablauf einer dreimonatigen Wartezeit zur Verfügung. Vergleichbare Zahlen liegen daher noch nicht vor.
18. 5 Versammlungen (2 x Reisebüros, 1 x Musikvereine, 1 x Taxifahrer, 1 x Allgemein)

19. 4000 Bußgeldverfahren (Verstöße Maskenpflicht, Ausgangssperre, Quarantäne/Absonderung, Öffnung eines Ladens/Gaststätte trotz Verbotes, sonstige Einzelverstöße). Festgesetzt wurden bisher 350.000 EUR.
20. Stand 30.06.2020 waren 55,55 Planstellen besetzt. Das Personal wurde durch interne Kräfte je nach Anlass und Situation verstärkt; Kosten sind keine entstanden.
21. Maßnahmen wirken
22. Kann von uns nicht beantwortet werden
23. Kann von uns nicht beantwortet werden
24. Kann von uns nicht beantwortet werden